

PRESSEMITTEILUNG

Landesfamilienrat fordert Sofortprogramm, um allen Schülerinnen und Schülern Internetzugang zu gewährleisten

Stuttgart, 09.02.2021

Um jedem Kind während der Schulschließungen das Lernen zu Hause zu ermöglichen, fordert der Landesfamilienrat ein Sofortprogramm des Landes, das alle nicht mit Internetzugang ausgestatteten Familienhaushalte entsprechend ausrüstet. Kinder und Jugendliche in benachteiligten Lebenslagen würden sonst dauerhaft abgehängt.

Seit vergangener Woche ist klar: Die Schulen sind bis nach den Faschingsferien zu und es wird in absehbarer Zeit keinen durchgängigen Präsenzunterricht geben. Konkret heißt das: Schülerinnen und Schüler lernen weiter vor Laptops oder Tablets, sie melden sich an über Lernplattformen und tauschen sich über Videokonferenztools aus. Ob der Fernunterricht funktioniert, hängt von verschiedenen Faktoren ab: Haben Lehrerinnen und Lehrer gute Konzepte für den digitalen Unterricht? Gibt es Möglichkeiten, mit den Schülerinnen und Schülern zuverlässig im Kontakt zu stehen, schriftlich oder per Videochat? Haben alle den Zugang zu einer funktionierenden Lernsoftware? Gibt es genug Laptops und Tablets für Lehrerinnen wie für Schüler? Nicht zuletzt scheitert das Homeschooling auch daran, dass der Haushalt über keinen Internetzugang verfügt und sich die Familie den Router und die monatlichen Kosten nicht leisten kann.

„Was schon für die Mehrheit der Kinder und Eltern eine Herausforderung bedeutet, ist für Kinder aus wirtschaftlich benachteiligten Familien kaum zu schaffen. Ein Drittel von ihnen hat zum Beispiel keinen Schreibtisch und ist beim Lernen eingeschränkt“ so Christel Althaus, Vorsitzende des Landesfamilienrates BW. Auch unzureichende Wohnverhältnisse behindern die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und die ohnehin ungleich verteilten Bildungschancen werden so zementiert.

Zu all diesen Fragen kommt noch eine weitere Hürde, die weder beim Digitalpakt noch im Hartz IV-Regelsatz berücksichtigt ist: Gibt es im Haushalt der Familie einen Internetzugang? Gerade in benachteiligten Familien ist dies oft nicht der Fall mit der Folge, dass der Fernunterricht nicht möglich ist. „Hier muss sofort ganz praktische Abhilfe geschaffen werden“, sagt dazu Vorstandsmitglied Patrik Hauns, der hauptamtlich als Leiter des Fachbereichs Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bruchsal auch an anderer Stelle konkret wird. Bruchsal lässt Kindern, die sonst am kostenlosen Schulessen teilnehmen können, die Mittagsmahlzeit seit Januar 2021 mit einem Mensamobil nach Hause liefern. Auch andere Städte machen sich auf den Weg und verteilen bspw. kostenlose Laptops.

Was aber fehlt, ist eine konzertierte Aktion des Landes, um schnell allen Schülerinnen und Schülern einen Internetzugang für den Unterricht zu Hause zu ermöglichen.

„Der Internetzugang gehört inzwischen zu den notwendigen Lernmitteln. Wenn wir hier nicht schnell entgegensteuern“, so Althaus weiter, „verlieren diese jungen Menschen ihre Chancen und die Gesellschaft lässt sie zurück. Es ist jetzt nicht die Zeit, um über Zuständigkeiten nachzudenken. Vielmehr müssen schnell Ideen entwickelt und umgesetzt werden und es gilt Mittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen, die solche Haushalte mit dem Nötigsten ausstatten. Dazu muss es ein Sofortprogramm des Landes geben.“

Hinweis für die Presse: Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von derzeit 24 Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er ist ein unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger. Erklärtes Ziel ist es, die Lebensqualität und damit die Rahmenbedingungen für Familien und das Leben mit Kindern zu verbessern. Die Vorsitzende, Christel Althaus, ist Professorin an der Hochschule Esslingen und lehrt dort u.a. Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Familie.

Pressekontakt:

Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin. Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Gymnasiumstraße 43, 70174 Stuttgart, Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de, www.landesfamilienrat.de